

Eltern über Umzug aufklären

Verbandsgemeinderat diskutiert Verlegung der Regionalen Schule

BODENHEIM Der Informationsfluss zum geplanten Umzug der Regionalen Schule von Nackenheim nach Oppenheim, der im Januar 2008 vollzogen werden soll, wurde von allen Fraktionen im Verbandsgemeinderat als unzureichend kritisiert.

Von
Martin Recktenwald

Insbesondere die Eltern sollen jetzt besser aufgeklärt werden. Es wurde beschlossen, eine Infoveranstaltung für Montag, 22. Oktober, zu organisieren und zusätzlich in einem Rundschreiben den aktuellen Sachstand weiterzugeben.

Ausgangspunkt der Diskussion im Rat war ein Antrag der CDU-Fraktion, in dem eine bessere Informationspolitik von der Verwaltung eingefor-

dert wurde. Einen Teil der darin als „noch unklar“ beschriebenen Punkte, konnte Verbandsgemeindebürgermeister Reinhold Stumpf (parteilos) ausräumen. „Inzwischen hat in der Schule ein Gespräch stattgefunden, bei dem Landrat Claus Schick Zusagen machte, mit denen sämtliche von Schulleitung und Eltern vorgebrachten Bedenken beruhigt werden konnten“, berichtete er. Kritik wurde im Rat laut, dass man von diesem Gespräch nichts erfahren habe. Stumpf konterte, die Sache sei recht kurzfristig zustande gekommen.

Der Landrat habe zugesagt, dass sämtliches Personal der Schule beim Umzug nach Oppenheim übernommen werde. Ferner blieben alle Angebote, inklusive Mittagessen, in vollem Umfang erhalten. Der

Kreis würde dann in dem alten Gebäude der Regionalen Schule in Bodenheim ein Gymnasium einrichten und dafür die Trägerschaft übernehmen.

An die Verbandsgemeinde Bodenheim soll zum 1. Januar ein Ausgleich in Höhe von 2,5 Millionen gezahlt werden. „Für solch eine Zahlung beim Wechsel einer Trägerschaft gibt es aber keinen Rechtsanspruch – die Summe ist demnach nicht verhandelbar“, hielt Stumpf fest.

Diese Informationen stellten die Vertreter im Rat nur bedingt zufrieden. „Was ist zum Beispiel mit dem Zweckverband Oppenheim-Bodenheim, der künftig die Belange der Regionalen Schule regeln soll?“, wollte die FWG wissen. Es werde weiter verhandelt, erklärte der Bürgermeister. „Die Zeit drängt hier“, mahnte Ma-

rianne Grosse (SPD). Als „holprig“ bezeichnete Dr. Matthias Schäfer (CDU) den Informationsfluss von der Verwaltung zum Rat. „Lange Zeit tut sich nichts und dann erfahren wir hier plötzlich von zentralen Terminen, wie dem mit dem Landrat“, beschwerte er sich.

Dringend müssten zuerst die Eltern besser aufgeklärt werden, betonten alle Fraktionen. Aus diesem Grund wurde auch die Entscheidung zur Übernahme der Trägerschaft des neuen Gymnasiums durch den Kreis erneut vertagt. Erst im Anschluss an den Elterninformationsabend am 22. Oktober soll der Beschluss gefasst werden. „Wir müssen einfach signalisieren, dass wir die Belange der Eltern ernst nehmen“, so Christina Göth (Grüne).